



Bündnis faire Energiewende | c/o Gesamtverband textil + mode e. V. | Reinhardtstraße 14–16 | D-10117 Berlin

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Hauptgeschäftsführung
Herrn Holger Lösch
Breite Straße 29
10178 Berlin

17. März 2025

Bündnis faire Energiewende fordert einschneidende Änderungen des EU-Beihilferahmens

Sehr geehrter Herr Lösch,

das Bündnis faire Energiewende vertritt viele Tausend Unternehmen aus dem energieintensiven industriellen Mittelstand.

Seit Jahren und nun aus aktuellem Anlass möchten wir dringend anmahnen, ein Grundsatzproblem zu beheben, das sich zusammenfassen lässt mit:

„Vergesst es, das müsste Brüssel genehmigen“

Die Kontrolle staatlicher Beihilfen in der EU soll verhindern, dass Teilnehmer auf einem Markt unzulässig durch staatliches Geld Wettbewerbsvorteile bekommen.

Was ist aber mit Bereichen, in denen es keinen Markt gibt?

Die Transformation zur Klimaneutralität etwa wird nicht durch den Markt getrieben. Wäre das anders, bräuhete es keine Klimaschutzpolitik. Die Transformation wird vielmehr angetrieben durch Klimaziele, Emissionshandelssysteme, staatliche Sanktionen, sonstige CO₂-Preise, Technologieförderung und -verbote, Klimazölle, Steuer- und Taxonomievorschriften (mit entsprechender Bürokratie). Hier gibt es daher keinen Markt, sondern rein durch politische Vorgaben und Regelungen getriebene Handlungen der Unternehmen.

Die EU-Wettbewerbskontrolle hilft der Transformation nicht, sie steht ihr seit Jahrzehnten im Weg. Investitionen in Klimaschutztechnologien machen betriebswirtschaftlich nur sehr selten Sinn. Ohne zahlreiche staatliche Beihilfen durch direkte Förderung oder Schutz von Sektoren vor erdrückenden Energiekosten wird daher nichts vorangehen. Jede dieser staatlichen Hilfen muss jedoch langwierige Notifizierungsprozesse in Brüssel durchlaufen, deren Ausgang nicht selten ungewiss ist. Zu oft fehlen dabei der Kommission schlicht das Hintergrundwissen und die nötige Datenbasis, um sach- und praxisgerecht entscheiden zu können. Auch die meisten allgemeinen Leitlinien (CEEAG etc.) basieren daher nicht auf Fach- und Erfahrungswissen.

Die Klimaziele der EU werden allein aus den genannten Gründen unerreichbar.

Der Hebel der Wettbewerbskontrolle wird in diesem Bereich zudem regelmäßig dafür zweckentfremdet, aus oft rein nationalen Interessen finanzstarke Mitgliedsstaaten, v.a. Deutschland, einzuschränken. Auch in Bereichen, die eigentlich schnelle Fortschritte, entschlossene Investitionen oder dringenden Schutz benötigen.

Diese Probleme sind bekannt, sie werden jedoch nicht behoben. Auch der geplante Clean Industry State Aid Framework (CISAF) folgt trotz aller Ankündigungen einem schlichten „Weiter so“!

So darf es aber nicht weitergehen!

Daher fordern wir eine **grundsätzliche Bereichsausnahme marktferner Bereiche, mindestens aber für den Bereich Klimaschutz von der EU-Wettbewerbskontrolle der Art. 107 ff. AEUV.**

Für Gespräche stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Die Verbände im Bündnis faire Energiewende



RA Max Schumacher
BDG – Bundesverband der Deutschen
Gießerei-Industrie e. V.
Tel.: +49 211 6871-0
info@bdguss.de



RA Christoph René Holler
Bundesverband Keramische
Industrie e. V.
Tel.: +49 9287 808-0
info@keramverband.de



RA Christian Vietmeyer
WSM – Wirtschaftsverband Stahl-
und Metallverarbeitung e. V.
Tel.: +49 211 957868-22
cvietmeyer@wsm-net.de



Dr. Uwe Mazura
Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e. V.
Tel.: +49 30 7262 20-0
info@textil-mode.de



Christian Otto
VEA – Bundesverband der
Energie-Abnehmer e. V.
Tel.: +49 511 9848-157
cotto@vea.de



Boris Engelhardt
wdk – Wirtschaftsverband der
deutschen Kautschukindustrie e. V.
Tel.: +49 69 7936-0
info@wdk.de



Sebastian Engelskirchen
Industrieverband Feuerverzinken e.V.
Tel.: +49 211 690765-11
sebastian.engelskirchen@feuerverzinken.com



Thomas Kaczmarek
DFFI – Deutsche Feuerfest-
Industrie e. V.
Tel.: +49 2624 9433-115
kaczmarek@dffi.de



Dr. Oliver Möllenstädt
GKV – Gesamtverband
Kunststoffverarbeitende Industrie e. V.
Tel.: +49 30 206167-150
o.moellenstaedt@gkv.de

Die Verbände im „Bündnis faire Energiewende“ vertreten branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Der Querschnittsverband Bundesverband der Energieabnehmer vertritt zudem etwa 4 500 Unternehmen aus allen Branchen.

Das Bündnis faire Energiewende ist unter der Registernummer R001663 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen.

Warum die mittelständische Industrie faire Energiepreise braucht, erfahren Sie auf faire-energiewende.de

FAIRE ENERGIEWENDE